



Carla Hoinkes (Public Eye, Fachmitarbeiterin Landwirtschaft):

215 Milliarden US Dollar. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem Bruttoinlandprodukt von Portugal, Peru oder Tschechien; ODER den zusammengerechneten Jahresumsätzen der fünf grössten Agrokonzerne der Welt: Monsanto, Syngenta (in Besitz von ChemChina), Bayer, DowDupont, BASF. Wenn die Fusion von Bayer und Monsanto wie erwartet durchkommt, sind es bald nur noch vier. Vier Konzerne, die gemeinsam rund 60 Prozent des Saatgutmarktes und sagenhafte 80 Prozent des globalen Geschäfts mit Pestiziden in der Hand haben. Durch ihre immense Marktmacht können Syngenta, Monsanto & Co. auch ihren Einfluss auf Politik, Wissenschaft, Bäuerinnen und Konsumenten weiter ausbauen, und das Modell einer hochgradig industrialisierten, energieintensiven Landwirtschaft weiter propagieren. Dadurch erzielte kurzfristig hohe Erträge und Milliardenprofite sind erst möglich durch oft genmanipuliertes Saatgut und massiven Chemieeinsatz. Und bei der Chemie ist Syngenta die weltweite Nummer 1: Ein Fünftel ALLER Pestizide stammen aus ihren Fabriken! Ein 10 Milliarden Dollar Geschäft mit unzähligen Kehrseiten: Die Belege negativer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind – leider – zahllos.

So vergiften sich laut vorsichtigen Schätzungen jährlich mindestens 3 Millionen Menschen an Pestiziden, und über 200'000 sterben daran. Was viele nicht wissen: 99% dieser Vergiftungen finden im globalen Süden statt. Dort werden die Pestizide oft unter haarsträubenden Umständen verwendet: vielen Arbeitern und Bäuerinnen fehlt jegliche Information über die Gefährlichkeit der Produkte, sie werden nicht über eine sichere Anwendung informiert und verfügen über keinerlei Schutzausrüstung. UND: Viele der Pestizide, die in diesen Ländern zum Einsatz kommen sind so giftig, dass sie in der Schweiz und der EU deswegen schon längst verboten sind. So wurde zum Beispiel Syngentas Herbizid Paraquat schon in über 54 Länder verboten. Dennoch beharrt die Firma seit Jahren auf den Weiterverkauf überall dort wo es noch möglich ist. Obwohl sich jährlich Zehntausende daran vergiften und Tausende daran sterben. Ganz zu schweigen von chronischen Gesundheitsfolgen von Paraquat und anderen Pestiziden wie Krebs, Tumore, Parkinson, Hormon- oder Nervenerkrankungen.

Dass Syngenta & Co. nichts unversucht lassen, um ihr Pestizidgeschäft aufrecht zu erhalten, zeigt der Fall der bienenschädlichen Neonicotinoide. Nachdem die EU 2013 deren Teilverbot beschloss, gingen Syngenta und Bayer kurzerhand vor Gericht. Syngenta forderte fast 370 Millionen Euro Schadensersatz. Erst diese Woche erklärte das Gericht der europäischen Union jedoch die Forderungen der Konzerne für nichtig und die Pestizidverbote für angemessen. Bereits Ende April dieses Jahres haben die EU-Staaten die Bienengifte für den Freiland-Einsatz gar komplett verboten.

Solche Erfolge stimmen hoffnungsvoll und zeigen, dass die Hartnäckigkeit der Zivilgesellschaft im oft schwierigen und langwierigen Kampf für den Schutz der Umwelt und Gesundheit sich lohnt. trotz allen Hürden und Rückschlägen. Gegen den Skandal, dass Syngenta hochgiftige und in der eigenen Heimat längst verbotene Pestizide in Ländern des Südens (mit schwacher Regulierung) en Masse verkauft, kämpft Public Eye seit vielen Jahren. Doch Syngenta weigert sich, unseren Forderungen, damit aufzuhören, auch nur einen kleinsten Schritt entgegenzukommen. Auch für die bienenschädigen Pestizide ist der grösste Umsatzmarkt nicht etwa die EU sondern grosse Agrarstaaten, insbesondere in Nord- und Südamerika. Die dortigen Bienen werden das Gift aber kaum besser vertragen.

Reden am March against Monsanto & Syngenta – Basel, 19. Mai 2018



Was diese Praxis stoppen könnte ist die Konzernverantwortungsinitiative. Die von Public Eye und über 90 anderen Schweizer Organisationen getragene Initiative verlangt, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz Verantwortung für ihre globalen Geschäfte übernehmen. Syngenta müsste schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch ihre Pestizide aufspüren und griffige Massnahmen dagegen ergreifen. Falls sich zeigt, dass die Produkte zu gefährlich sind, um schwerwiegende Folgen zu verhindern, müsste der Konzern den Verkauf stoppen.

Die Initiative kommt möglicherweise schon nächstes Jahr zur Abstimmung. Heute sind Freiwillige vom Public Eye am March mit dabei und Flyern/informieren über die Initiative.

Falls es zur Abstimmung kommt wird jedermanns/jederfraus Unterstützung und jede Stimme zählen!

Danke!